

EXPERT PAPER

Stefan Goertz | Nicolas Stockhammer

CORONA-"MASSNAHMEN-GEGNER"

Rezente Akteure, Ideologieelemente und ihr
stochastisches Gewaltpotenzial

Dezember 2021



E·I·C·T·P

Impressum

Das Europäische Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP) ist ein weltweit tätiges Forschungsinstitut mit Sitz in Wien, Österreich. Als non-profit-Institution liegt der Schwerpunkt von EICTP auf Schlüsselthemen rund um sicherheitspolitische Fragen. Sie führt Projekte mit namhaften Partnern im In- und Ausland durch, unterhält enge Beziehungen zu hochrangigen Forschungsinstitutionen und einem Netzwerk prominenter Experten und Wissenschaftler, bietet profunde Aktionen, Konsultationen und Strategien zur Terrorismusbekämpfung, hybride Konflikte und De-Radikalisierungsmaßnahmen und zielt darauf ab, auf der Grundlage von Forschungs- und Expertenbewertungen für Entscheidungsträger politische Empfehlungen zu erarbeiten.

Adresse:

Europäisches Institut für Terrorismusbekämpfung und Konfliktprävention (EICTP)

Esslinggasse 17/5, 1010 Wien, Österreich

www.eictp.eu

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: EICTP

Ort der Veröffentlichung: Esslinggasse 17/5, 1010 Wien

Lektorat und formale Bearbeitung: EICTP

Grafikdesign: Citypress GmbH

Print: Citypress GmbH

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieser Veröffentlichung wurden mit größter Sorgfalt recherchiert und erstellt. EICTP übernimmt keine Garantie für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der erteilten Informationen. Weder EICTP noch andere an der Erstellung dieser Veröffentlichung beteiligte Parteien haften für Schäden jeglicher Art, die sich aus der Nutzung, Anwendung oder Verbreitung der bereitgestellten Informationen ergeben. Sollte diese Veröffentlichung Verweise auf andere Medien Dritter enthalten, auf die EICTP keinen Einfluss nehmen kann, so wird keinerlei Haftung für solche Inhalte übernommen. Für die Richtigkeit der Inhalte der bereitgestellten Informationen ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich. Der Inhalt dieses Berichts spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Position des EICTP wider, sondern ist die persönliche Auffassung der Autoren.

Copyright: Alle in diesem zusammenfassenden Forschungsbericht veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Autors ist jegliche Art von Vervielfältigung, Verbreitung, Änderung oder Vervielfältigung nicht gestattet, sowohl gegen Bezahlung als auch kostenlos.

INHALT

Hintergrund und aktuelle Lage.....	5
Die Akteure.....	11
„Querfront“, „Querdenker“.....	12
„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“.....	14
Rechtsextremisten und Corona.....	17
Ideologieelemente und Rhetorik.....	18
Gewaltpotenzial und potenzielles Bedrohungspotenzial.....	20
Conclusio	27
Autoren.....	29
Quellen	31

HINTERGRUND UND AKTUELLE LAGE

Seit Beginn der Covid-19-Pandemie zeichnet sich in nahezu ganz Europa eine gesellschaftliche Polarisierung und mancherorts sogar eine graduelle ideologische Spaltung ab. Diese steht in nicht zu vernachlässigenden Teilen der Bevölkerung, mit jeweils unterschiedlicher Intensität, unmittelbar mit als unpopulär perzipierten Einschränkungs- oder Verpflichtungsmaßnahmen zur Bekämpfung der weiteren endemischen Ausbreitung des SARS-CoV2-Virus (Lockdowns, Impfpflicht etc.) in Zusammenhang. Dabei werden Politik und Staatsgewalt häufig als autoritär bzw. unverhältnismäßig diskreditiert. Berechtigte Kritik und sachorientierter Dissens werden in radikalisierten Milieus absorbiert, zu einem allgemeinen Widerstandsrecht gegen den Staat stilisiert und polemisch als Kampf gegen eine vermeintlich ungerechte Zwangsordnung instrumentalisiert.

Entwicklungsdynamisch zeichnet sich in Europa seit geraumer Zeit eine Verschiebung der politischen Mitte an die Ränder ab. Damit korreliert eine stärkere Akzentuierung des Extremen, was nachhaltig zu einer Erosion der sozialen Kohäsion führt, einem ideologischen Auseinanderdriften zu den äußeren Polen des politischen Spektrums. Die zentrifugalen Kräfte treiben eine zuerst themenbezogene, in weiterer Folge womöglich generelle Spaltung der Gesellschaft voran. Aus einer Art weltanschaulicher Lagerbildung wird sukzessive eine Polarisierung, die den Diskurs bestimmt.

Hierbei ist grundsätzlich zwischen ideologischer und affektiver Polarisierung zu unterscheiden. Ideologische Polarisierung bedeutet, dass Bürger/-innen in ihren Einstellungen und Werthaltungen zu relevanten politischen Themenfeldern (soziale Umverteilung, Zuwanderung, soziale Absicherung, Klimaschutz, Sicherheit etc.) dissensual auseinanderdriften, während eine affektive, d.h. personenbezogene Polarisierung in den Vordergrund stellt, dass sich bestimmte Personen oder Gruppenkonstellationen in ihren Einstellungen und Werthaltungen gegenüber politischen Akteuren oder anderen sozialen Referenzgruppen distanzieren.

In der Praxis verschmelzen diese Reflexe und Milieus vermehrt, Ideologie und Affekt werden bewusst vermengt, was zur Folge hat, dass die erforderliche Differenzierung zwischen Themen und Personengruppen mit unterschiedlichen Anliegen zusehends erodiert. Dies hat eine Intensivierung der Aktivität an den weltanschaulichen Rändern zufolge, die zugleich den ideologischen Nährboden für Extremismus aufbereitet oder manifestiert. Gerade auf den

gängigen ideologischen Spektren (links wie rechts) ebenso wie auf der vertikalen Ebene des religiös motivierten Extremismus scheint dementsprechend allgemein eine weitere Zuspitzung und tiefschürfende Radikalisierung verbunden zu sein.

Mit Blick auf die derzeitige, unübersichtliche Gemengelage von tatsächlichen und potentiellen Akteuren politisch motivierter Gewalt im breiten Segment der Corona-Maßnahmengegner bedeutet dies, dass sich sukzessive eine neue, stochastisch inspirierte Akteurskategorie herauskristallisiert. Deren Proponenten könnten auf Sicht zu relevanten Playern im terroristischen „Low-Level“-Bereich aufsteigen. Die fortschreitende Polarisierung nährt jedenfalls den Extremismus. Zuerst ist es der passive Extremismus des Duldens und der stillen Zustimmung, dann jener aktivistische Extremismus des Engagements und der Partizipation. Am Ende steht die Gewalt als ultimative Protestform. Dies läuft in der Regel prozessual ab. Daher sind aktuelle Entwicklungen gesellschaftlicher Polarisierung, wie sie sich derzeit etwa im durchaus polymorphen Bereich der „Corona-Maßnahmengegner“ abzeichnen, stets aus der antizipativen Vorsichtsperspektive der Extremismusforschung zu betrachten. Vor allem in Anbetracht der eminenten rhetorischen Eskalation mancher Corona-Gegner und politischen Agitatoren, die die Gunst der Stunde nutzen, um Unruhe zu stiften und aufzuhetzen.

Gerade die populistische Instrumentalisierung der Corona-Maßnahmen durch bestimmte Oppositions- und Protest-Parteien bzw. einschlägig aktivistische Organisationen, die diese äußeren Ränder des politischen Spektrums mit ihrer dichotomen Rhetorik adressieren, aber auch im Kern moderate, radikaliserbare Gruppen ansprechen, trägt nachhaltig zur politischen Zuspitzung bei und kann zur Radikalisierungsprozessen führen. Dabei geht es auch stets um die Erreichbarkeit des Zielpublikums, der Adressaten im weitesten Sinne und deren Ansprechbarkeit für radikale Ideen, die sich prononciert rechtspopulistische Parteien aus parteipolitischem Kalkül gekonnt zunutze machen:

„Die Proteste, wie auch die Reichweite der Kanäle, reichen zudem - schon lange - in breite Schichten der Gesellschaft. Und mit ihnen: Impfgegnerschaft, Mythen und Verschwörungsideologien. Dass diffuse "Eliten"-Feindlichkeit und verschwörerisches Denken durch die Pandemie in so weite Teile der Bevölkerung vorgedrungen sind, rief auch jene auf den Plan, die wussten, dass sie von dieser Entwicklung profitieren können. In Österreich war das vor allem die FPÖ.“¹

All dies passiert natürlich nicht im luftleeren Raum und ist ein einem größeren politischen Kontext zu sehen. Kritisch betrachtet könnte man argumentieren, dass wir uns nach nunmehr zwei Jahren Covid-19-Pandemie und etlichen Maßnahmen zu deren Bekämpfung- von regelmäßigen Tests, mehrfachen Impfungen, rezidivierenden Lockdowns und anderen als lästig empfundenen Einschränkungen- kaum substanziell vorwärts bewegt haben.² Das mag großteils an der problematischen epidemiologischen Entwicklung liegen, aber zum Teil sicherlich auch im konkreten Umgang mit dieser enormen politischen wie gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Dass es jedenfalls Verbesserungsbedarf vor allem in den Bereichen Koordination und Kommunikation gibt, lässt sich ebenso anhand der Implementierung der neuen Taskforce GECKO ablesen, die erst kürzlich ins Leben gerufen wurde, um das Pandemiemanagement der Bundesregierung zu verbessern.³ In Anbetracht immer wieder von der gesamten parlamentarischen Opposition mithin zu recht kritisierte Defizite der österreichischen Bundesregierung in Bezug auf das volatil und wenig strategisch fundiert wirkende Corona-Bekämpfungsmanagement (etwa im Gesundheitswesen) war es kaum verwunderlich, dass eine politische Kraft die Rolle der „Schirmherrin des Protests“ einnehmen würde. Vor allem aber auch in Hinblick auf die zuletzt misslungene Krisenkommunikation⁴ der politischen Maßnahmenentscheider (Lockdown für alle trotz mehrmaliger Ankündigung, die Pandemie sei besiegt und es würde keine Lockdowns für Geimpfte mehr geben etc.) ist eine breite Verdrossenheit in der österreichischen Bevölkerung zu registrieren, ein durchaus ansehnliches Potenzial der Unzufriedenheit, das von der FPÖ nun „dankbar“ abgerufen werden kann.

Hiermit korrespondiert der Umstand, dass gerade die FPÖ sehr exponiert zu politischem Protest gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung aufruft und sich nicht von einer durchaus fragwürdigen, wissenschaftsfeindlichen Anti-Corona-Politik abgrenzt.⁵ Dies ist natürlich in hohem Maße einer strategischen Parteilogik geschuldet, denn das Mobilisierungspotenzial der Corona-Proteste schlägt sich direkt in den politischen Umfragen nieder.⁶ Offenbar positiv, denn die FPÖ bzw. deren Parteichef Herbert Kickl versteht sich als politisches „Sprachrohr“ der Impfskeptiker, Coronaleugner und Maßnahmengegner:

„(Herbert Kickl, Anm.) sieht sich als ‚Sammelbecken‘, als ‚Sprachrohr‘ zu den Menschen und als ‚Eisbrecher aus einer gesundheitspolitischen Sackgasse‘. Was er vorschlägt: den "Plan B im Kampf gegen Corona". Dieser stehe für "frühzeitige Behandlung" und für die "Bewahrung

*der Grund- und Freiheitsrechte" sowie für eine „Befreiung von einem System der Unterdrückung und des Zwanges, dass die Regierung ausgerollt hat“. Kickl stehe für „Menschlichkeit und Empathie“.*⁷ Rechte Oppositionsparteien wie die FPÖ hätten die Pandemie *Schärfung ihres populistischen Profils*" genutzt, wie der Demokratieforscher Hans Vorländer betont.⁸

Als ein weiterer Verstärker der Anti-Corona-Maßnahmenbewegung wurden sog. „Anti-Mainstream-Medien“ identifiziert. Gerade in diesem publizistischen Bereich ist eine zunehmende Polarisierung zwischen „Systemmedien“ und „alternativen Medien“ sichtbar. Zudem hat sich die sog. „Inseratenaffäre“ rund um einige exponierte Personen aus dem unmittelbaren Umfeld von Ex-Kanzler Sebastian Kurz nachhaltig negativ auf die österreichische Medienlandschaft und deren Glaubwürdigkeit, was eine objektive Berichterstattung betrifft, ausgewirkt.⁹ In Österreich ist graduell nicht nur das Vertrauen in die Politik, sondern auch jenes in die Objektivität der Medien insbesondere zum Thema Corona bei nicht zu vernachlässigenden Teilen der Bevölkerung nachhaltig beschädigt.¹⁰ Vielfach wurde etwa der ORF kritisiert, er berichte einseitig und stets im Einklang mit der offiziellen Corona-Politik der Regierung.¹¹

Zuletzt hat das „satirische“ WochenschaufORMAT eines populären österreichischen Privat-TV-Senders für Aufsehen gesorgt, das in der Pandemie mit seiner von mehreren Seiten in der Medienbranche als tendenziös bemängelten Berichterstattung, die Impf- und Maßnahmegegnern breiten Raum gab, *„zu einem medialen Sammelbecken für verschwörungsauffine Menschen“* geworden sein soll.¹² Der Presseclub Concordia hat bei der Medienbehörde KommAustria Beschwerde gegen den Wochenkommentar „Der Wegscheider“ eingebracht und hält dabei fest, dass *"in wachsendem Ausmaß Hinweise und Beschwerden seiner Mitglieder über die Berichterstattung von Servus TV zur Covid-19-Pandemie"* eingingen.¹³ Die Sendung entspreche nicht *„den Grundsätzen der Objektivität, Meinungsvielfalt und journalistischen Sorgfalt“* heißt es in der Beschwerde.¹⁴

Solange demokratisch legitimer Protest grundrechtskonform, d.h. gewaltfrei artikuliert wird, ist dies als ein wohlerworbenes Recht zu qualifizieren und im Sinne der Verfassung zu respektieren. Vor allem aber im politischen Diskurs aufzugreifen, um eine sachliche Auseinandersetzung mit den mitunter berechtigten Anliegen der Demonstrierenden zu gewährleisten. Sobald aber dieses Grundrecht der Versammlungsfreiheit bzw. der freien

Meinungsäußerung jedoch von Einzelpersonen oder sympathisierenden Gruppierungen missbraucht wird und im Sog der freien Meinungsäußerung Extremisten ihr Unwesen treiben und zu Gewalt, insbesondere gegen Vertreter der Staatsgewalt aufhetzen, ist dies in hohem Maße problematisch und inakzeptabel.

Derartiges ist zuletzt am 4.12.2021 in Wien geschehen, wo rund 42.000 Menschen in Wien gegen die Corona-Politik der österreichischen Bundesregierung zumeist friedlich demonstrierten. In Einzelfällen eskalierte die aufgeheizte Lage und Exekutivkräfte wurden mit „pyrotechnischen Gegenständen“ beworfen, zwei Polizeibeamte dabei sogar verletzt. Die Polizei setzte laut eigenen Angaben Pfefferspray ein und nahm fünf Personen fest. Auch prominente Vertreter der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ rund um deren „Gallionsfigur“ Martin S. nahmen an der Demonstration teil. Auf Transparenten waren Parolen wie „*Uns kriegt ihr nie*“, „*Wir sind das Volk*“ und „*Nein zum Impfwang*“ zu lesen.¹⁵

Bei der bis dahin größten Corona-Demonstration in Wien am 20.11.2021 sei der Polizeieinsatz trotz aufgeheizter Stimmung und widriger Umstände nach Angaben des damaligen Innenministers und nunmehrigen Bundeskanzlers Karl Nehammer erfolgreich und ohne eine im Vorfeld erwartete, größere Eskalation von statten gegangen.¹⁶ Es kam zu sechs Festnahmen, 400 Anzeigen, davon 36 strafrechtlichen, 12 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz, zwei Polizisten wurden verletzt. Die wenigen, die am 20.11.2021 versucht hätten, Gewalt zu schüren, hätten dies aber „mit hoher Aggressivität“ getan. Die brachiale Vehemenz und niedrige Hemmschwelle dieser Akteure ist symptomatisch für das zu beschreibende Phänomen. So wurde versucht, einem Polizisten, die Waffe zu entreißen, ein anderer Exekutivbeamter wurde wiederum mit einer unbekanntem Flüssigkeit besprüht. Als besonders schwerwiegend sei auch der festgestellte Versuch eines Demonstranten zu bewerten, den Piloten des Polizeihubschraubers mit einem Laserstrahl zu blenden.¹⁷

Dieser Polizeihubschrauber hätte potenziell in die Menschenmenge stürzen können und einen enormen Schaden anrichten können, zumal diese Vorgehensweise hinsichtlich des bewussten Inkaufnehmens als Angriff gegen Leib und Leben zu qualifizieren ist. Nach Angaben von Innenminister Nehammer habe sich die Stimmung unter jenen Menschen, die nicht geimpft sind, in den letzten Wochen „deutlich radikalisiert“.¹⁸ Diese Radikalisierung wurde maßgeblich von rechtsextremistischen Gruppierungen auf vielfältige Weise, vor allem durch Propaganda im Netz vorangetrieben, die eine Opfersemantik bemühten, um explizit nicht, oder nicht

eindeutig, dem eigenen politischen Spektrum zuzurechnende Demonstrierende mit ins Boot zu holen.

Der ehemalige Innenminister Nehammer betonte, dass die rechtsextremistische Szene, „Neonazis und altbekannte und neue Rechtsextreme“ versuchten, die Demonstration, die sich aus verschiedensten Gruppen zusammensetzte, für sich zu „kapern“.¹⁹ Verschiedene Demonstranten verharmlosten den Holocaust, trugen an den „Judenstern“ angelehnte gelbe Sterne mit der Aufschrift „ungeimpft“ und Schilder, auf denen der damalige Bundeskanzler Alexander Schallenberg mit dem „Mörder Josef Mengele“ verglichen wurde. Mehrfach waren bei der Demonstration auch Journalisten und Kamerateams angepöbelt und attackiert worden, mehrere Medien stellten ihren Mitarbeitern daher Securitys zur Seite. In mindestens zwei Fällen wurden Journalisten körperlich angegriffen und es wurden mehrere Anzeigen wegen Körperverletzung registriert.²⁰

Bei den Demonstrationen in Graz am 27.11.2021 kam es sogar zu „Heil Hitler“-Rufen. Der damalige Innenminister Nehammer erklärte dazu: *„Die strafbaren Handlungen nach dem Verbotsgesetz – wie gestern "Heil Hitler"-Rufe in Graz – zeigen, dass derartige Demonstrationen von Rechtsextremen als Plattform missbraucht werden“*.²¹

Dass zwei 16-Jährige und ein 20-Jähriger Linzer Mitte November 2021 ein Polizeifahrzeug mit Benzin übergossen und angezündet, sowie im Nachklang gestanden haben, dass sie ursprünglich Polizeibeamte in einen Hinterhalt locken, attackieren und sogar mit Benzin übergießen und anzünden wollten, bezeichnete der oberösterreichische Landespolizeidirektor Andreas Pilschl als *„perfiden Plan“*. Das Motiv der drei Linzer bestand lediglich darin, dass die Polizeibeamten die Einhaltung der Corona-Regeln kontrolliert hatten.²² Dies gibt einerseits Aufschluss darüber, wie niedrig die Hemmschwelle für diese stochastisch motivierten Gewalttäter geworden ist, andererseits zeigt dies, wie sich die rechtsextremistische Szene die aktuelle Protestlage taktisch zunutze macht und unverhohlen agitiert, sowohl im Hintergrund, als auch offen bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung.

DIE AKTEURE

Auch abseits von den einschlägigen rezenten Geschehnissen in Österreich gab es seit dem Frühjahr 2020 zahlreiche Corona-Proteste in Deutschland und im Herbst 2021 schwere Ausschreitungen u.a. in Belgien und in den Niederlanden. Sobald die staatlich verordneten Corona-Maßnahmen spürbarer und einschneidender im Sinne von Freiheitsbeschränkungen und Verpflichtungen werden, wächst das Potenzial für große Demonstrationen bei Tausenden, für potenzielle Radikalisierungsprozesse bei Dutzenden bis Hunderten. Selbiges trifft auch auf Österreich zu. Diese Radikalisierungsprozesse zeigen sich zum einen in den sozialen Netzwerken, in Form von enthemmter Sprache, stereotypisierten Feindbildern (nach dem ideologisierten Prinzip „wir, das einfache Volk hier unten, die herrschende Politiker, die Elite, da oben“) und manichäischen Freund-Feind-Mustern. Zum anderen auch in Radikalisierungsprozessen von potenziellen Gewalttätern. Bei den Anti-Corona-Demos findet sich nun ein sehr heterogenes Protestfeld: Friedlich demonstrierende Impfgegner, Coronaleugner, Verfechter von Verschwörungserzählungen wie QAnon, Radikale, Reichsbürger, Rechtsextremisten und Gewaltbereite. Diese Vielfalt und strukturelle Heterogenität auf Akteursebene erschwert es analytisch, hier trennscharf nach Akteuren, deren Ideologie und Intentionen zu differenzieren, vor allem aber hinsichtlich ihres jeweiligen Gewaltpotentials.

Die neue Bundesinnenministerin Deutschlands, Nancy Faeser, appellierte Mitte Dezember an Teilnehmer von Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, sich stärker von Rechtsextremisten und sogenannten Reichsbürgern abzugrenzen. *„Rechtsextremisten und Reichsbürger versuchen, die Bewegung zu durchsetzen, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen“*, sagte Faeser.²³ *„Leider grenzen sich die bürgerlichen Demonstrationsteilnehmer noch immer zu wenig von diesen Leuten ab.“* Es sei wichtig, die Anstrengungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt deutlich zu verstärken, damit die Spaltungsversuche der antidemokratischen Kräfte überwunden werden könnten. Zugleich warnte Faeser vor einer weiteren Radikalisierung der sogenannten Querdenker-Bewegung: Die Gewaltbereitschaft nehme zu, die Querdenker würden radikaler. Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz

habe die Beobachtung aller extremistischen Teile der Bewegung jetzt noch einmal deutlich intensiviert. „Wir haben diese Leute genau im Blick.“²⁴

Coronamaßnahmegegner, „Querdenker“, „Reichsbürger“ und Rechtsextremisten sind *in nuce* eigenständige Akteure. Sie rekurrieren sowohl auf unterschiedliche als auch ähnliche Ideologieelemente und ihnen ist ein jeweils individuelles Verhältnis zu Gewaltbereitschaft und Gewalt gegen als solche dargestellte „Gegner“, bzw. „Feinde“, „Angriffsziele“ zu eigen. Auch sind jeweils, v.a. was die Intensität von Ablehnung der Staatsgewalt, die Präferenz der Methoden als auch insbesondere das Verhältnis zu Gewalt als Mittel des Protests betreffend graduelle qualitative Unterschiede zu registrieren, die nachfolgend zu thematisieren sind.

„Querfront“, „Querdenker“

Der Begriff „Querfront“ wurde zu Beginn der Weimarer Republik 1919, gleich nach dem 1. Weltkrieg und dem Ende des deutschen Kaiserreiches geprägt. Querfrontpositionen und Querfrontideen galten als Bestandteil von antidemokratischen Theorien von „links außen“ und „rechts außen“ im politischen Spektrum. Querfront wurde zu Beginn der Corona-Proteste im Frühjahr 2020 als Sammelbegriff für die „heterogene Mischung“ der Teilnehmer an den Coronademonstrationen genutzt, weil die Sicherheitsbehörden und die Medien dort Rechtsradikale neben Linksradikalen, Rechtsextremisten, Reichsbürger, Verschwörungsgläubige sowie Esoteriker verorteten.²⁵

Michael Ballweg, der Gründer und Geschäftsführer einer Software-Firma aus Stuttgart, hat im Frühjahr 2020, zu Beginn der staatlichen Corona-Hygienemaßnahmen, "Querdenken 711" gegründet. Der Zusatz "711" kommt von der Telefonvorwahl Stuttgarts (0711). "Querdenken 711" ist die Stuttgarter Ortsgruppe von "Querdenken". Querdenken ist deutschlandweit in neun Regionen organisiert und hatte zwischenzeitlich 68 Ableger. Auch diese lokalen Gruppen tragen jeweils die Telefonvorwahl im Namen, also zum Beispiel "Querdenken 089 München". Allein im Zeitraum von Frühjahr bis Oktober 2020 hat "Querdenken" eigenen Angaben zufolge deutschlandweit mehr als 100 Demonstrationen und Versammlungen organisiert, an denen mehrere Hunderttausend Menschen teilgenommen haben sollen. "Querdenken 711" bezeichnet sich selbst als (Freiheits-) "Initiative", teilweise auch als Bewegung.

Seit dem Sommer 2020 grenzen sich zahlreiche Teilnehmer/-innen der Querdenker-Demos aus der „bürgerlichen Mitte“ nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden nicht mehr von Rechtsradikalen, Rechtsextremisten, „Reichsbürgern“ und Verschwörungsgläubigen ab und die Verfassungsschutz-behörden stellen seither einen Trend zu einer manifesten Radikalisierung innerhalb der Corona-Demonstrationen fest. Gewaltdelikte gegen Journalisten/-innen und Polizisten/-innen sind seitdem deutlich angestiegen.

In Baden-Württemberg, wo „Querdenken 711“ in Stuttgart entstanden ist, werden die Organisationsstrukturen – also nicht die Mehrheit der Demonstranten – seit Dezember 2020 vom Landesamt für Verfassungsschutz als extremistische Bestrebung beobachtet.²⁶ Andere Bundesländer haben sich dieser Vorgehensweise der Beobachtung für ihr Gebiet danach angeschlossen und das Bundesamt für Verfassungsschutz hat im April einen neuen Phänomenbereich von Extremismus festgestellt, die „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“.²⁷

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden konstatieren seit dem Herbst 2020, dass der legitime Protest gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie immer mehr zugunsten einer grundsätzlichen Staats- und Politikfeindlichkeit in bedenklichem Ausmaß weicht.²⁸ So wird seit 2020 bei den zentralen Akteuren der ‚Querdenker‘-Bewegung eine zunehmende Diffamierung behördlichen Handelns sowie des legitimen Monopols staatlicher Zwangsgewalt festgestellt, die immer wieder in abwegigen Vergleichen mit der Diktatur des Nationalsozialismus und einer Verharmlosung des Holocaust gipfelt. Proponenten der Querdenker schüren mit falschen Behauptungen gezielt Hass auf den Staat und gerieren sich als in hohem Maße demokratiefeindlich. Verschiedene Querdenker propagieren konzertiert das Ignorieren behördlicher Anordnungen und negieren damit letztlich das staatliche Gewaltmonopol.²⁹ Querdenker wollen nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und seine Repräsentanten nachhaltig erschüttern und den Staat delegitimieren.³⁰

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind nach Angaben des deutschen Bundesamtes für Verfassungsschutz *„Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen“*.³¹

Die verquere Ideologie der Staatsleugner, sowohl in Deutschland als auch in Österreich, ist diffus. Sie ist eine krude Mischung aus Versatzstücken von paranoiden Verschwörungserzählungen („*deep state*“, eine „*geheime Elite*“ kontrolliere die westlichen Staaten) und Esoterik.³² Dazu gesellt sich ideologieübergreifende Systemkritik, die sich keinem politischen Links-Rechts-Schema, eher einer anarchistischen Tradition zuordnen lässt. Ein Sammelbecken für Menschen, die den verfassungsmäßigen Institutionen ihre Berechtigung absprechen. Staatsleugner lehnen "die Existenz Österreichs“ ab, „bezeichnen den Staat als Firma und erkennen seine Institutionen nicht an“.³³

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden stufen diese Szene insgesamt als staatsfeindlich ein. Aktuell sind ihr deutschlandweit etwa 20.000 Personen (im Jahr 2019 noch 19.000) zuzurechnen, bei rund 1.000 davon handelt es sich zugleich um Rechtsextremisten. Von diesen 20.000 Personen werden ca. 2.000 als gewaltorientiert bewertet. Darunter fallen gewalttätige Szeneangehörige sowie Personen, die beispielsweise durch Drohungen oder gewaltbefürwortende Äußerungen und entsprechende ideologische Bezüge auffallen. Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ besteht zu etwa drei Vierteln aus Männern. Bundesweit gibt es rund 28 Gruppierungen, unter anderem den „Staatenbund Deutsches Reich“ mit „Gliedstaaten“, „Bismarcks Erben“ mit der Untergliederung „Vaterländischer Hilfsdienst“ (VHD) und die „Verfassunggebende Versammlung“.³⁴

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bewerten staatliche Maßnahmen – damit auch diejenigen zur Eindämmung der Corona-Pandemie – als unrechtmäßig und lehnen sie vehement ab. Besonders häufig thematisierte die dem Phänomenbereich „Reichsbürger“ und

„Selbstverwalter“ zuzuordnende Gruppierung „Verfassunggebende Versammlung“ (VV) die Coronapandemie und verbreitete vor allem über ihre Internetplattform „ddbnews“ sowie das „ddbradio“ im Jahr 2020 laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz immer wieder Desinformation und Verschwörungsideologien. So brachte die Gruppierung „Verfassunggebende Versammlung“ die Corona-Pandemie zum Beispiel mit dem antisemitisch geprägten Verschwörungsmythos einer „Neuen Weltordnung“ (NWO) in Verbindung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz analysiert, dass die Corona-Pandemie für „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ als Gegner des Staates eine neue, motivierende Erfahrung darstellt, da andere Kritiker der Corona-Maßnahmen die „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen „nicht ausgrenzen, sondern gemeinsam mit ihnen protestieren“.³⁵

Die deutschen Verfassungsschutzbehörden stellen fest, dass sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ im Jahr 2020 teilweise nicht mehr darauf beschränkt haben, im Zusammenhang mit „Hygiene-Demonstrationen“ ihren Protest zu äußern, sondern auch körperliche Gewalt angewendet haben, zum Beispiel gegen eingesetzte Polizeikräfte. Beispielsweise beteiligten sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ am Demonstrationsgeschehen gegen die Corona-Maßnahmen vom 28. bis 30. August 2020 im Umfeld des Reichstagsgebäudes in Berlin. Dabei kam es im Zuge einer Kundgebung am Reichstagsgebäude (Deutscher Bundestag) zu einer Besetzung der Stufen des Parlamentsgebäudes durch mehrere hundert Personen, darunter auch Angehörige der „Reichsbürger“-Szene. Eine mutmaßliche „Reichsbürgerin“ hatte nach Angaben der deutschen Polizei- und Verfassungsschutzbehörden in einem Redebeitrag auf einer Bühne von „staatenlos.info“ unmittelbar zuvor zu einer Besetzung der Stufen des Parlamentsgebäudes aufgerufen. Bei „staatenlos.info“ handelt es sich um eine „Reichsbürger“-Vereinigung.

Verschiedene bekannte „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“-Gruppierungen beteiligten sich im Jahr 2020 an den Anti-Corona-Demonstrationen. Neben „staatenlos.info“ sind dabei auch Personen aus der „Verfassunggebenden Versammlung“ in Erscheinung getreten. Auch aus dem Milieu derjenigen, die für eine Rückkehr zum Deutschen Kaiserreich eintreten, kam es zu Mobilisierungen für die Proteste. Teilweise erklärten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ staatliche Verordnungen schlichtweg für ungültig. So veröffentlichte beispielsweise die Gruppierung „Amt für Menschenrecht“ am 11. Juni 2020 eine „Rechtdurchsetzung“, der

zufolge alle „Ausnahmetatbestände der biologischen und psychologischen Kriegsführung im ‚Lockdown‘“ aufgehoben seien. Weiter wurde in einem „Öffentliche[n] Aufruf zu rechtewahrendem Miteinander“ der Gruppierung „Bundesstaat Sachsen“ die Sächsische Corona-Schutz-Verordnung vom 17. April 2020 fälschlicherweise als nicht rechtskräftig bezeichnet, da „sie nicht unterschrieben [sei] und somit lediglich einen Entwurf“ darstelle. In diesem Zusammenhang stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz fest, dass bei „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ eine hohe Anschlussfähigkeit im Hinblick auf die zahlreichen Verschwörungsnarrative rund um die Corona-Pandemie besteht, was sich in häufigen Thematisierungen einschlägiger Inhalte durch die Szene äußert.³⁶

In Österreich ist die Szene dementsprechend kleiner und fragmentiert. Hier firmieren die „Reichsbürger“ vornehmlich unter dem Namen „Staatenbund Österreich“, einer Art Dachorganisation der Staatsverweigerer, der vor Ausbruch der Pandemie insgesamt zumindest 3.000 Personen zugerechnet wurden.³⁷ Tendenz natürlich stetig steigend. Bedauerlicherweise sind immer wieder Angehörige von Sicherheitsbehörden, zuletzt auch des Bundesheeres, in den Reihen der Staatsverweigerer zu finden. Beispielhaft ist der Fall eines in der Vergangenheit als Heeresarzt im Auslandseinsatz in Bosnien tätig gewesenen Mannes, der ein Anhänger des sog. „One People's Public Trust (OPPT)“ gewesen sein soll.³⁸

Deren Mitglieder zweifeln basierend auf Verschwörungserzählungen bzw. Verschwörungsmmythen die rechtsstaatliche Legitimation der Republik Österreich und deren organschaftlichen Vertreter (Verwaltung und Justiz) an. Der Staatsverweigerer ist mittlerweile nicht mehr für das Bundesheer tätig. Auch haben sich in den letzten beiden Jahren einige teils hochrangige Bundesheer-Offiziere als Corona-Maßnahmenkritische Verschwörungstheoretiker aus dem Impfgegnersegment im Rahmen von Kundgebungen besonders hervorgetan.³⁹ Das alarmierte Heeresabwehramt ist sich der subversiven Bedrohung von innen bewusst.⁴⁰ Einen aus ihrer Sicht herben Rückschlag erlebte die österreichische Staatsverweigerer-Szene indes als die selbsternannte Anführerin des „Staatenbundes Österreich“, die Oststeirerin Monika U. im September 2021 rechtskräftig, nunmehr bestätigt durch ein OGH Urteil, zu 12 Jahren Haft verurteilt wurde.⁴¹

Rechtsextremisten und Corona

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz stellt im aktuellen Verfassungsschutzbericht aus dem Juni 2021 fest, dass im Zusammenhang mit dem Protestgeschehen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung die versuchte Einflussnahme von Rechtsextremisten im Jahr 2020 in der Öffentlichkeit präsent war. So versuchten Rechtsextremisten seit Ende April 2020, mit Kundgebungen und Demonstrationen Aufmerksamkeit zu erlangen und an die gesellschaftlichen Diskussionsprozesse anzuknüpfen. Rechtsextremisten nahmen die gesellschaftliche Corona-Debatte auf und thematisierten fast ausschließlich die staatlichen Schutzmaßnahmen. Zudem wurden ideologiekompatible Verschwörungsideologien zum Pandemiegeschehen verbreitet. Laut Bundesamt für Verfassungsschutz versuchten Rechtsextremisten, über das Protestgeschehen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen Anschluss an die weit überwiegend demokratischen Proteste zu finden. Hierbei ging es Rechtsextremisten jedoch nicht um eine sachliche Debatte über den Umgang mit der Pandemie, sondern um die Delegitimierung staatlichen Handelns und demokratischer Institutionen.⁴²

IDEOLOGIEELEMENTE UND RHETORIK

Die Coronademonstrationen werden von einem heterogenen, polymorph-diffusen Teilnehmerfeld besucht, aber dort können grundsätzlich friedliche Demonstranten, die von ihrem Grundrecht der freien Meinungsäußerung bzw. der Versammlungsfreiheit Gebrauch machen, von Radikalen, Extremisten und Gewalttätern angesprochen, angestachelt und letztlich radikalisiert werden. Bislang unpolitische Personen können sich im Sog dieser Pandemie durch radikale und extremistische Ideologieelemente sowie Verschwörungserzählungen – durch entsprechend präparierte Inhalte in der virtuellen Welt, aber auch durch Kontakte in der realen Welt – individuell radikalisieren. Die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden in Deutschland sind seit Herbst 2020 in großer Sorge: *„denn unorganisierte Einzeltäter sind für Polizei und Verfassungsschutz extrem schwer feststellbar“*, sagte der Innenminister von Rheinland-Pfalz. *„Die extrem denkenden Ränder tun sich im Moment zusammen.“* Es handele sich um *„eine ganz bunte, aber für die Gesellschaft gefährliche Mischung“*.⁴³

Die Präsidentin des baden-württembergischen Verfassungsschutzes Beate Bube stellte mit Blick auf die Organisatoren sowie das Netzwerk von „Querdenken 711“ in Baden-Württemberg sowohl personelle als auch ideologische Überschneidungen zu bereits bekannten Extremisten aus dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie aus dem Rechtsextremismus fest: *„Gezielt werden extremistische, verschwörungsideologische und antisemitische Inhalte mit einer legitimen Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vermischt“*⁴⁴.

In Bezug auf die Ideologieelemente von „Querdenkern“ in Deutschland erklärte der Innenminister von Baden-Württemberg im Dezember 2020: *„Zusehends weicht der legitime Protest gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie einer grundsätzlichen Staats- und Politikfeindlichkeit in bedenklichem Ausmaß. Seit Beginn des Protestgeschehens stellen wir bei den zentralen Akteuren der ‚Querdenker‘ eine zunehmende Diffamierung staatlichen Handelns fest, die immer wieder in abwegigen Vergleichen mit der Diktatur des Nationalsozialismus und einer Verharmlosung des Holocaust gipfelt. Sie schüren mit falschen Behauptungen gezielt Hass auf den Staat, das ist demokratiefeindlich“*.

Die Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, Beate Bube, erklärte dazu: „*Dabei sind verstärkt auch Anleihen an die ursprünglich aus den USA stammende antisemitische und staatsfeindliche Verschwörungsideologie ‚QAnon‘ festzustellen*“. QAnon-Anhänger haben sich einer obskuren Weltverschwörungsideologie verschrieben, die von den USA aus propagiert wird. Dabei werden abstruse, konspirative Narrative um einen vermeintlichen Kinderhändler/Kinderpornoring in einer Pizzeria in Washington D.C. („Pizzagate“), Ritualmordlegenden (Adrenochrom aus Kinderblut), Heldenmythen rund um Donald Trump und andererseits diffamierende Horrorgeschichten rund um Hillary Clinton, Barack Obama oder den Finanzinvestor George Soros als Schurken kreiert.

QAnon hat sich in Deutschland und Österreich längst als fixer Bestandteil bei Corona-Maßnahmen-Gegner-Kundgebungen etabliert. Dies lässt sich sowohl anhand der Präsenz von wahrnehmbaren ‚QAnon‘-Codes bei Versammlungen als auch im Kontext von entsprechenden Äußerungen des ‚Querdenken‘-Führungspersonals ablesen. Extremistische Verschwörungsmythen können der Nährboden für Gewalthandlungen sein – etwa, wenn zum Widerstand gegen vermeintliches Unrecht aufgerufen wird. Das halten wir für hoch gefährlich“⁴⁵. Auch bei den letzten Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstrationen in Wien waren vereinzelt Personen mit „Q“ Flaggen und Devotionalien zu registrieren. Signifikant ist die bedeutender werdende Rolle der zahlenmäßig zwar überschaubaren, aber in den Mittelpunkt rückenden QAnon-Anhänger bei den Demonstrationen in Österreich. Dies liegt auch daran, dass sich die Proponenten von QAnon nahtlos ins Gefüge der Kundgebungen einfügen, eine überdimensionale Plattform erhalten und den Veranstaltungen den Anschein eines Meinungspluralismus geben sollen. QAnon agiert Schulter an Schulter neben diversen amtsbekannten, tw. einschlägig verurteilten Rechtsextremisten, prominenten Vertretern der Querdenker und gewaltaffinen Hooligans.

GEWALTPOTENZIAL UND POTENZIELLES BEDROHUNGSPOTENZIAL

Angesprochen auf die rezente Gewalteskalation im Rahmen von Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstrationen in Wien bemerkte der Extremismusforscher Peter R. Neumann in einem Interview mit dem Falter: *"Die Rechtfertigung von Gewalt ist so massiv. Ich habe noch nie gesehen, dass so schnell eine extreme Szene entstanden ist. Islamisten und Rechtsextreme kennen wir seit Jahrzehnten, da kennen wir die Leute und die Entwicklungen. Diese altbekannten Szenen sprechen die Ränder der Gesellschaft an, doch das hier sei neu"*.⁴⁶

Klare Feindbilder und Dichotomien „wir gegen die anderen“, „wir hier unten gegen die da oben“ erleichtern und befördern die Gewaltanwendung gegen Politiker, Vertreter des Staates wie Polizisten, sowie Journalisten. Solche Feindbilder werden von zahlreichen „Querdenkern“ propagiert. Die letzten Wochen und Monate zeigen, dass die Zahl der Radikalierten in den „Querdenker“-Demonstrationen regelmäßig zugenommen hat.

Auf der Analyseebene von Extremismus- und Radikalisierungsforschung ist das Konzept der Querdenker, „Widerstand gegen eine angebliche Diktatur“ zu leisten, potenziell gefährlich, da der Widerstand als legitime Notwehrhandlung gegen den Staat und seine Unterstützer dargestellt und rechtfertigend mit Gewalt konnotiert wird. Aus der Perspektive der Terrorismusforschung ist festzuhalten, dass in den verschiedenen Phänomenbereichen potenzielle und tatsächliche Terroristen ihre letale Gewalt, als „notwendig“, als „legitim“ darstellen, was genuin ideologisch argumentiert wird. Wenn zum revolutionär grundierten „Widerstand gegen vermeintliches Unrecht“ aufgerufen wird, besteht hier eine potenziell große Bedrohung für den Rechtsstaat und dessen Institutionen bzw. Amtsträger.⁴⁷

„Die regelmäßig wiederkehrende Behauptung der Corona-Leugner, wir lebten in einer de-facto-Diktatur und einem Notstandsregime, das beseitigt werden müsse und gegen das öffentlicher Widerstand legitim sei, muss als Beleg für eine fortschreitende Radikalisierung dieser Bewegung verstanden werden“, sagt der sächsische Verfassungsschutzpräsident Christian am 30.11.2021.⁴⁸

Nach dem Tankstellenmord in Idar-Oberstein am 18.9.2021 sprachen verschiedene deutsche Bundespolitiker von „*die Radikalisierung des Querdenkermilieus bereitet mir große Sorgen*“ und einem „*unfassbaren Maß an Radikalisierung*“.⁴⁹ Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sagte der mutmaßliche Täter nach der Tat aus, dass er die Corona-Maßnahmen ablehne. Zum Motiv habe er angegeben, dass ihn die Situation rund um die Pandemie stark belaste. Der Beschuldigte habe sich in die Ecke gedrängt gefühlt und „keinen anderen Ausweg gesehen“, als ein Zeichen zu setzen. Das Opfer schien ihm dabei „verantwortlich für die Gesamtsituation, da es die Regeln durchgesetzt habe“. Laut der Deutschen Presse-Agentur wurde aus Ermittlerkreisen bekannt, dass der Täter in den Theorien der Corona-Leugner „bewandert“ sei. „Er kennt die Quellen und hat auch angegeben, dass er sich da schlau gemacht hat.“⁵⁰

In den sozialen Netzwerken fanden sich vor und nach dem Mord in der Tankstelle in Idar-Oberstein zahlreiche Posts mit den Begriffen „*Tribunale*“, „*Plant den Tag X*“, „*Führt Todeslisten für später*“, „*Nürnberg 2.0*“, „*Bürgerkrieg*“. Damit sollen Rachefantasien befeuert werden. Rufe nach Tribunalen und insbesondere Nürnberg 2.0 sind auch immer verdeckte Rufe nach der ultimativen Bestrafung der in ihren Augen „*Schuldigen*“: „*Es sind Rufe nach Exekutionen*“.⁵¹

Aus Sicht des Thüringer Verfassungsschutzpräsidenten Stephan Kramer kam die Tat in Idar-Oberstein nicht überraschend. „*Der kaltblütige Mord ist furchtbar, aber für mich keine Überraschung angesichts der steten Eskalation der letzten Wochen*“, bemerkte Kramer. „*Bedauerlich ist, dass es immer erst Tote geben muss, bevor die Gefahr ernst genommen wird.*“⁵²

Mediale Hetze, persönliche Beleidigungen, enthemmte Sprache, Hasspostings und andere Arten der Herabwürdigung von Menschen können nach Angaben der Bundesregierung vor allem im Internet und dort auf allen bekannten sozialen Medienplattformen, Imageboards und Messenger-Diensten festgestellt werden. Die Postings werden sowohl offen, also bisweilen auch unter Klarpersonalien der sich derart artikulierenden Personen, als auch anonym veröffentlicht. Aufgrund der strenger gewordenen Sicherheitsrichtlinien und Verhaltenscodes („*Netiquette*“) von Plattformen wie z. B. Facebook, Twitter, YouTube und Instagram und deren zunehmend offensivem Lösungsverhalten ist eine Abwanderung hin zu szeneüblichen Plattformen und Messenger-Diensten mit weniger ausgeprägter Kontrolle und stark eingeschränktem Lösungsverhalten erkennbar. Hierzu zählen z.B. Telegram, Bitchute und

Vkontakte sowie Imageboards wie Kohlchan und 4chan. Das Spektrum der im Internet festzustellenden extremistischen Äußerungen mit dem Ziel der Diffamierung und Verunglimpfung bestimmter Personen oder Gruppen ist weitläufig und komplex. Schmähungen und Propaganda mit gewaltverherrlichenden Elementen zählen zum Standardrepertoire diverser extremistischer Akteure im Internet. Die Urheber derartiger Äußerungen im Phänomenbereich Rechtsextremismus sind gemäß der Analyse der deutschen Bundesregierung dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnen, das im Internet präsent ist.⁵³ Hierzu zählen beispielsweise Einzelpersonen, Angehörige der Neonazi-Szene, Mitglieder und Funktionäre rechtsextremistischer Parteien, Vertreter von (Online-)Verlagen sowie Betreiber von Text- oder Video-Blogs.⁵⁴

Der Begriff stochastischer Terrorismus (von stochastisch, zufallsabhängig) beschreibt eine terroristische Strategie, durch welche massenhaft verbreitete Botschaften, medial und über soziale Netzwerke, die sich nicht an einen konkreten Täterkreis richten, durch extremistische Narrative und enthemmte Sprache tatsächliche Gewalt, bis hin zu terroristischen Anschlägen, provozieren. Diese Spielart terroristischer Gewalt ist in hohem Maße kontingent und auf Trittbrettfahrer bzw. organisationsunabhängige, autarke (Einzel-)Akteure ausgerichtet.

Hamm und Spaaij beschreiben das Phänomen stochastischer Terrorismus in „*The Age of Lone Wolf Terrorism*“ knapp mit „*Nutzung von Massenmedien, um zufällige Akte ideologisch motivierter Gewalt zu provozieren, die zwar statistisch vorhersagbar sind, im konkreten Einzelfall jedoch nicht*“.⁵⁵ Die Autoren verwenden die bildhafte Analogie des Bogenschützen, um die Funktionsweise des stochastischen Terrorismus zu erklären: „*Stellen Sie sich einen Bogenschützen vor, der hundert Pfeile auf ein Ziel schießt und nur einmal ins Schwarze trifft. Ein Mal. Der Treffer ins Schwarze ist statistisch nicht vorhersehbar, aber es ist statistisch vorhersehbar, dass eine bestimmte Anzahl von Pfeilen irgendwo auf der Zielscheibe trifft. Der Bogenschütze muss nicht geschickt im Bogenschießen sein. Er muss lediglich immer wieder Pfeile auf die Zielscheibe schießen, und irgendwann wird einer davon treffen. In dieser Analogie ist der stochastische Terrorist der Bogenschütze, der Brandbotschaften an Tausende, wenn nicht Millionen von Menschen schickt, die diese Botschaften konsumieren. Der Volltreffer ist der eine Konsument, der die Botschaften nutzt, um gewalttätiges Handeln zu rechtfertigen*“.⁵⁶

Der Rechtswissenschaftler David Cohen verwies bereits im Jahre 2016 darauf, dass das Phänomen stochastischer Terrorismus bis dahin ca. 15 Jahre in Verwendung gewesen sei und interpretierte stochastischen Terrorismus als eine Art Anstachelungsstrategie „*using language and other forms of communication to incite random actors to carry out violent or terrorist acts that are statistically predictable but individually unpredictable*“⁵⁷. Cohen nutzte hierbei auch das Bild der *dog whistle* bzw. das Konzept „Hundepfeifen-Politik“. „Hundepfeifen-Politik“ ist ein Konzept des Nutzens politischer Botschaften, Aussagen, die je nach Publikum unterschiedlich verstanden werden können. Winkler gebrauchte in diesem Zusammenhang 2016 in der Neuen Zürcher Zeitung in Bezug auf den damaligen US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump den Begriff „*codierte Sprache*“.⁵⁸ Bei der „codierten Sprache“ der „Hundepfeifen-Politik“ wird eine Sprache genutzt, deren wirkliche Bedeutung nur denjenigen klar wird, die das entsprechende Gehör haben. In der Analogie der Hundepfeife verweilend: Die hohen Töne der Hundepfeife sind nur für diese Hunde klar und deutlich hörbar.

Eine Reihe von Internetseiten boten den rechtsextremistischen Einzeltätern von El Paso, Christchurch, Pittsburgh und Halle ein Forum. Anonyme Plattformen wie 8chan, 4chan oder auch Reddit dienten und dienen Rechtsradikalen und Rechtsextremisten zur Verbreitung ihrer Thesen vom „großen Austausch“ o.ä., ziehen aber auch zahlreiche neue oder nur sporadisch Interessierte an.

„Das“ Narrativ, „das“ Anathema der potenziell gewaltorientierten Querdenker ist „die Corona-Diktatur“. In zweiter Instanz folgen Kollateralaspekte wie „die Impf-Lobby“, „die Pharma-Branche“. Daher sind Radikalisierungsprozesse von Querdenkern in die Gewalt bis hin zu Anschlagplänen gegen prominente bzw. herausragende Mitglieder dieser als Gegner und „Feinde“ wahrgenommenen Gruppen („*die Politiker der Corona-Diktatur*“, „*die Impf-Lobby*“) aktuell und mittelfristig möglich. Aber auch über wahllose Anfeindungen und indiskriminative Gewalt gegen impfende Ärzte und Krankenhausmitarbeiter wurde bereits berichtet.⁵⁹

In den sozialen Netzwerken werden Politiker und Mitarbeiter von Impfzentren und Krankenhäusern systematisch als Teil der „Impf-Lobby“, als „Gegner“, als „Feind“ konstruiert und dargestellt. Diese antagonistische Freund-Feind-Metaphorik durch enthemmte Sprache in den sozialen Netzwerken inszeniert, kann nach dem Prinzip von stochastischem Terrorismus Querdenker radikalieren, bis sie im *worst case* zu terroristischen Einzeltätern werden.⁶⁰

Ein ausgeprägter Glaube an Verschwörungserzählungen kann die Bereitschaft zu kriminellen Handlungen fördern bzw. die Hemmschwelle herabsetzen. Anhänger von Verschwörungserzählungen bzw. Verschwörungsmythen verstehen in ihrer paradoxen „Logik“ beispielsweise Angriffe auf Regierungseinrichtungen als Akte der Selbstverteidigung. Entsprechend dieser selbstreferentiellen Denkweise wären auch Krankenhäuser und Impfzentren potenzielle Ziele von Gewalt durch eine Anti-Impf-Verschwörungsbewegung. Die zahlreichen von Querdenkern verübten Gewaltdelikte (Körperverletzungsdelikte) der letzten Wochen und Monate zeigen, dass die Querdenkerszene durchaus bereit und fähig ist, Gewalt anzuwenden.

In Bezug auf das Gewaltpotenzial von Querdenkern gegen „die Verantwortlichen“, „die Gegner“, „die Feinde“ (dazu zählen auch Wissenschaftler, Ärzte und MitarbeiterInnen von Krankenhäusern und Impfzentren) ist festzustellen, dass die „Querdenker-Idee“, sich im „*Widerstand gegen eine Corona-Diktatur*“ (von Politikern und Wissenschaftlern) wählend, einen potenziellen Radikalisierungsfaktor darstellt. Im Sinne des Prinzips „Widerstand gegen eine Diktatur“ zu üben, stellt Gewalt für deren Anwender und Legitimierer eine angeblich „legitime Notwehrhandlung“ dar, was die Gewaltbereitschaft gegen „die Verantwortlichen“, „die Politiker“, „die Wissenschaftler“, „die Pharma-Branche“, „die Impf-Lobby“, Mitarbeiter von Impfzentren und Krankenhäusern dramatisch erhöhen kann.

Die Extremismus- und Terrorismusforschung zeigt, dass extremistische Gewalttäter ihre tatsächliche und potenzielle Gewalt prinzipiell als „notwendig“ bzw. als „legitim“ darstellen, was auch in gewisser Hinsicht auf radikalisierte Querdenker zutreffen kann. Die extremistischen Motive von Rache an Politikern (Anschläge auf Walter Lübcke und Henriette Reker) und Vertretern bzw. Organen der Staatsgewalt (Gewalt gegen Polizisten und Verwaltungsbeamte) sind aus der Perspektive von gewaltbereiten Querdenkern auch auf Ärzte, Wissenschaftler, Impfzentren und sog. „die Impf-Lobby“ zu übertragen.

Der Innenminister von Baden-Württemberg und Vorsitzende der deutschen Innenministerkonferenz, Thomas Strobl (CDU), hat vor einer Radikalisierung der Corona-Proteste im Fall einer Impfpflicht gewarnt.

Nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes könne man davon ausgehen, dass *"eine Impfpflicht die aggressive Haltung der Querdenker-Bewegung noch verstärkt"*, sagte der baden-württembergische Innenminister Anfang Dezember 2021.

„Die Querdenken-Bewegung ist gefährlich für unsere freiheitliche Demokratie, und sie wird noch gefährlicher“, sagte Strobl. *„Sie meint, eine voranschreitende Diktatur zu erkennen, sie meint zunehmend einen delegitimen Staat zu erkennen, gegen den Widerstand gerechtfertigt sei.“*⁶¹ Im Kampf gegen Corona sei es aber richtig, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen. *„Auch wenn es eine zunehmende Radikalisierung geben sollte: Wir lassen uns von Extremisten, Verschwörungsideologen und Antisemiten nicht abhalten, das Richtige zu tun“*.

Beleidigungen, Drohungen und körperliche Übergriffe - Betroffene und Experten berichten von einer deutlichen Zunahme von Angriffen auf Ärzte und Pflegepersonal durch Impfgegner, Corona-Leugner und andere Kritiker der Schutzmaßnahmen. Auch Fragen nach dem Impfstatus führten regelmäßig zu Protesten.

Das deutsche Bundeskriminalamt (BKA) berichtet aktuell über eine Zunahme von Gewalt und körperlichen Übergriffen. Das BKA schätzt demnach Impfgegner und Corona-Leugner als *„relevantes Risiko“* für mit der Impfung betrautes medizinisches Personal ein. Für dieses *„besteht die Gefahr zumindest verbaler Anfeindungen bis hin zu Straftaten wie etwa Körperverletzung“*, so das deutsche BKA. Entsprechende Berichte aus den Kliniken und Praxen häuften sich: *"Impfende Ärztinnen und Ärzte erhalten Drohbriefe, werden beschimpft und Opfer körperlicher Gewalt"*.

Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz befürchtete Anfang Dezember 2021 angesichts neuer Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie eine Zunahme verfassungsfeindlicher Agitation. Es sei nicht auszuschließen, dass *"Demokratiefeinde"* in der vierten Corona-Welle *"starken Zulauf bekommen könnten"*.⁶²

Der vierte Lockdown in Österreich im November/Dezember 2021, die Aussicht auf eine Impfpflicht ab Februar 2022 und regelmäßige Samstagsdemonstrationen v.a. in Wien könnte von der gewaltbereiten Szene genutzt werden, um die polymorphen Corona-Maßnahmen-Gegner aufzuschaukeln.

Potenzielle Ziele von verbaler und/oder körperlicher Gewalt von radikalisierten Corona-Maßnahmen-Gegnern, „Querdenkern“, „Reichsbürgern“ und Rechts-extremisten sind prinzipiell als “Verantwortliche“ für die Pandemielage bzw. die Corona-Maßnahmen dargestellte Personengruppen, also vor allem, aber nicht nur:

- Politiker des Bundes und der Länder, Bürgermeister (sind regional sehr „greifbar“, sehr in der Nähe)
- Polizeibeamte
- Beamte und Verwaltungsangestellte, u.a. Lehrer
- Ärzte, Krankenhauspersonal, Mitarbeiter von Impfzentren, Apotheker
- Journalisten
- All diejenigen, die Corona-Maßnahmen „umsetzen“ bzw. „einfordern“ (vgl. den Mord an einem Tankstellenmitarbeiter in Idar-Oberstein, der lediglich auf die Maskenpflicht im Gebäude der Tankstelle hingewiesen hatte)
- Von radikalisierten Corona-Maßnahmen-Gegnern, „Querdenkern“, „Reichsbürgern“, Rechtsextremisten und anderen Radikalisierten können folgende Bedrohungen ausgehen:
 - Offensive/Aggressive Rhetorik
 - Indirekt: Soziale Netzwerke + Demonstrationen
 - Direkt Ihnen gegenüber (Telefon, E-Mails, persönlich)
 - Enthemmte Sprache/Drohungen
 - Indirekt: Soziale Netzwerke + Demonstrationen
 - Direkt Vertretern des Staates, Ärzten, Impfzentren gegenüber, bis hin zu Morddrohungen
 - Blockaden/Demos Rathaus, Impfzentren, Krankenhäuser, öffentliche Einrichtungen
 - Sachbeschädigungen
 - Öffentliche Einrichtungen: (Rathäuser, Schulen), Impfzentren, Brandanschläge
 - Privates Umfeld: Politiker, Vertreter des Staates, Ärzte, Mitarbeiter von Impfzentren
 - Körperliche Gewalt
 - Impfgegner verschickten beispielsweise Buttersäure an Impfähzte

CONCLUSIO

„Querdenker“, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sowie Rechtsextremisten versuchen in Deutschland wie in Österreich in unterschiedlicher Intensität seit Beginn der Corona-Protteste im Frühjahr 2020 Einfluss auf diese zu nehmen und diese strategisch und ideologisch zu nutzen. Im Mittelpunkt steht hier Agitation gegen staatliche Corona-Schutzmaßnahmen und eine Delegitimierung dieser Maßnahmen und des Staates sowie seiner Repräsentanten. Bei der Bewegung „Querdenken“ liegen nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden Anhaltspunkte dafür vor, dass in diesem Personenzusammenschluss verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt werden.⁶³ Dies ergebe sich insbesondere aus den ideologischen und personellen Überschneidungen zum Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“.

Hinzu kommen weitere extremistische Narrative aus der Verschwörungsideologie „QAnon“ sowie NS-Relativierungen durch Redner auf „Querdenken“-Veranstaltungen oder auf Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstrationen (z.B. Judensterne mit der Aufschrift „*ungeimpft*“). In den vergangenen Monaten haben sich nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden verfassungsfeindliche Aussagen der Organisatoren von „Querdenken“ gehäuft. Das ursprünglich von dieser Bewegung offiziell formulierte Ziel einer Aufhebung der staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen weicht laut Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg zusehends einer grundsätzlichen Staatsfeindlichkeit, einer verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates.⁶⁴

Zahlreiche Vorfälle von Gewalt, verübt von Corona-Maßnahmen-Gegnern, sowie eklatant zunehmende Fälle von Gewaltandrohungen als auch enthemmte Sprache in den sozialen Netzwerken zeigen, dass konstruierte Feindbilder und Dichotomien, wie beispielsweise „wir gegen die anderen“, „wir hier unten gegen die da oben“ die Gewaltanwendung gegen Politiker, organschaftliche Vertreter des Staates wie Polizisten, sowie gegen Journalisten befördern.

Derartige Feindbilder werden in Deutschland von einigen „Querdenkern“ propagiert. Die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate zeigen, dass die Zahl der Radikalisierten in den „Querdenker“-Demonstrationen regelmäßig zugenommen hat. Ähnlich verhält es sich in Österreich, wo analoge Slogans von Vertretern österreichischer Ableger der Querdenker verwendet wurden, um die Stimmung aufzuheizen.

„Das“ im Augenblick vorherrschende Narrativ der potenziell gewaltorientierten Corona-Maßnahmengeegner in Deutschland und Österreich ist „*die Corona-Diktatur*“. Danach kommen konstruierte Gegner wie „*die Impf-Lobby*“ und „*die Pharma-Branche*“. Deswegen sind Radikalisierungsprozesse von gewaltorientierten „Querdenkern“ in die Gewalt bis hin zu Anschlagplänen gegen prominente bzw. herausragende Mitglieder dieser als Gegner und „Feinde“ wahrgenommenen Gruppen („*die Politiker der Corona-Diktatur*“, „*die Impf-Lobby*“) aktuell und mittelfristig möglich. Verschiedene weitere potenziell vulnerable Personengruppen wurden oben kategorisiert dargestellt.

Die in diesem Beitrag thematisierte, antagonistische Freund-Feind-Metaphorik, durch enthemmte Sprache in den sozialen Netzwerken inszeniert, kann nach dem Prinzip von stochastischem Terrorismus gewaltorientierte Corona-Maßnahmengeegner nachhaltig radikalieren, bis sie im *worst case* zu terroristischen Einzeltätern werden.

Im Sinne einer erfolgreichen Extremismusbekämpfung gilt es, die praktizierten Narrative der Irreführung, Spaltung und Gewalt, die im Sog der Anti-Corona-Maßnahmen-Protteste verbreitet werden, argumentativ zu entkräften. Gegennarrative sind Bestandteil einer potentiellen Konterstrategie, um die giftigen ideologischen Essenzen von Extremisten zu neutralisieren und als falsch bzw. gefährlich zu entlarven.

Jedoch müssen gleichzeitig die Sorgen der moderaten Mehrheit der Demonstrierenden ernst genommen, der Dialog gesucht und weiterhin demokratisch legitimer Protest zugelassen werden. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber auch Intoleranz den intoleranten Extremisten gegenüber an den Tag zu legen und mit den Mitteln des Rechtsstaates konsequent durchzugreifen.

Darüber hinaus sollte ein Verständnis dahingehend generiert werden, dass friedvolle Demonstrationen vermehrt von extremistischen Akteuren in Beschlag genommen werden. Begleitende Schutzmaßnahmen für gefährdete Personengruppen werden zudem sehr empfohlen.

AUTOREN

Stefan Goertz

Dr. Stefan Goertz ist Professor für Sicherheitspolitik, Schwerpunkt Extremismus- und Terrorismusforschung, an der Hochschule des Bundes, Fachbereich Bundespolizei, Lübeck. Studium u.a. in Berlin und in Damaskus/Syrien. Promotion in Kanada und an der Universität der Bundeswehr, München. Auslandseinsätze als Offizier der Bundeswehr in Bosnien (EU) und im Libanon (UNO). Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, Islamistischer Terrorismus, Islamismus, Salafismus, Organisierte Kriminalität sowie Cybercrime. Aktuelle Bücher: Politisch motivierte Kriminalität. Radikalisierung und Extremismus (2. Aufl.), C.F. Müller/Kriminalistik; Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus in Deutschland, Verlag Deutsche Polizeiliteratur; Terrorismusabwehr. Zur aktuellen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Deutschland und Europa (3. Aufl.), Springer VS; Islamistischer Terrorismus, 2. Auflage, C.F. Müller/Kriminalistik.

Nicolas Stockhammer

Dr. Nicolas Stockhammer ist Politikwissenschaftler mit den Schwerpunkten Sicherheitspolitik und Terrorismusforschung. Von 2004 bis 2006 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Hochschullehrer am Lehrstuhl für Politische Theorie (Prof. Dr. Herfried Münkler) der Humboldt-Universität zu Berlin. Dr. Stockhammer war von 2014- Juni 2021 als Senior Post-Doc Researcher der Forschungsgruppe Polemologie und Rechtsethik am Institut für Rechtsphilosophie der Universität Wien tätig. Seit Juli 2021 obliegt Nicolas Stockhammer die wissenschaftliche Leitung und Koordination des Forschungsclusters „Counter-Terrorism, CVE (Countering Violent Extremism) and Intelligence“ am Department für Recht und Internationale Beziehungen an der Donau-Universität Krems. Diverse Publikationen in internationalen Printmedien und wissenschaftlichen Journalen. Zuletzt zusammen mit Peter R. Neumann „Vorläufige Lektionen vom Terror in Wien“, EICTP Policy Brief, Vol. 1 / Februar 2021. Zahlreiche nationale wie internationale Medienauftritte zu Fragen des transnationalen Terrorismus, des Extremismus und politisch motivierter Gewalt.

QUELLEN

- ¹ <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2129988-Impfungsangst-und-Verschwoerungsglaube.html> (15.12.2021)
- ² Vgl. <https://www.derstandard.at/story/2000131168543/regierung-im-clinch-ums-krisenmanagement-kogler-stellt-sich-hinter-mueckstein> (15.12.2021).
- ³ Vgl. <https://kurier.at/politik/inland/corona-pandemie-regierung-informiert-ueber-neues-pandemiemanagement/401846485> (15.12.2021).
- ⁴ https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-11/oesterreich-corona-lockdown-impfpflicht-politik?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (15.12.2021).
- ⁵ Der österreichische Rechtsextremismusforscher Bernhard Weidinger äußerte sich im Zuge eines TV-Interviews ähnlich. Wissenschaftsfeindlichkeit habe es in der Rechten (Szene, Anm.) gemäß Weidinger immer schon gegeben. Der FPÖ gehe es um Wähler, die man dort gewinnen möchte. Gehe man auf eine solche Demonstration, treffe man eine bewusste Entscheidung, auf FPÖ-Demonstrationen und an der Seite von Identitären zu gehen. Vgl. <https://www.puls24.at/news/chronik/aufgeheizte-stimmung-nach-herbert-kickl-rede-bei-corona-demo-in-wien/251392> (15.12.2021). Zudem schlug Herbert Kickl vor, Cortisol oder das Antiparasiten bzw. Entwurmungsmittel Ivermectin (nachweislich unwirksam) einzusetzen. Auch Paracetamol solle dem Freiheitlichen zufolge bei der Behandlung zum Einsatz kommen. Vgl. hierzu: <https://www.derstandard.at/story/2000130909556/wurmmittel-statt-impfvergewaltigungen-der-plan-b-von-herbert-kickl> (15.12.2021).
- ⁶ Vgl. <https://www.derstandard.at/story/2000120503454/warum-die-fpoe-auf-corona-verdrossene-setzt> (15.12.2021)
- ⁷ <https://www.derstandard.at/story/2000130909556/wurmmittel-statt-impfvergewaltigungen-der-plan-b-von-herbert-kickl> (15.12.2021).
- ⁸ MIDEM 2021: *Corona und Rechtspopulismus*. Jahresstudie, Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden, 2021, S.9., URL: <https://cloudstore.zih.tu-dresden.de/index.php/s/K6t97W9r6Swrysk?dir=undefined&openfile=519619255> (15.12.2021).
- ⁹ Vgl. <https://www.derstandard.at/story/2000131296371/die-medien-in-der-pandemie> (15.12.2021).
- ¹⁰ Vgl. <https://www.diepresse.com/5952608/panikmache-bei-corona-skepsis-gegenuber-medien-steigt> (15.12.2021).
- ¹¹ Vgl. <https://www.diepresse.com/5822440/der-orf-und-die-divergierenden-meinungen> (15.12.2021).
- ¹² <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2129988-Impfungsangst-und-Verschwoerungsglaube.html> (15.12.2021).
- ¹³ <https://www.diepresse.com/6072767/der-wegscheider-presseclub-brachte-beschwerde-ein> (15.12.2021).
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ <https://www.welt.de/politik/ausland/article235472546/Corona-Demos-40-000-Menschen-protestieren-in-Wien-Markt-in-Luxemburg-gestuermt.html> (15.12.2021).
- ¹⁶ Vgl. <https://www.diepresse.com/6064005/bilanz-nach-demo-mit-40000-teilnehmern-keine-wirklichen-gewaltexzesse> (15.12.2021).
- ¹⁷ <https://www.derstandard.at/story/2000131319075/querdenker-demos-eine-brutale-zumutung> (15.12.2021)
- ¹⁸ Vgl. <https://www.diepresse.com/6064005/bilanz-nach-demo-mit-40000-teilnehmern-keine-wirklichen-gewaltexzesse> (15.12.2021).
- ¹⁹ Vgl. <https://www.diepresse.com/6064005/bilanz-nach-demo-mit-40000-teilnehmern-keine-wirklichen-gewaltexzesse> (15.12.2021).
- ²⁰ Vgl. ebd.
- ²¹ <https://kurier.at/chronik/oesterreich/bis-zu-6000-teilnehmer-bei-demonstration-gegen-corona-massnahmen/401821204> (15.12.2021).
- ²² Vgl. <https://www.diepresse.com/6063569/linzer-wollten-aus-corona-frust-polizisten-anzunden> (15.12.2021).
- ²³ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/blog-coronavirus-102.html#feed-item-81038> (15.12.2021).
- ²⁴ Ebd.
- ²⁵ <https://www.sueddeutsche.de/digital/coronavirus-verschwoerungstheorie-bill-gates-youtube-telegram-1.4904814> (15.12.2021).
- ²⁶ <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/> (15.12.2021).
- ²⁷ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html> (15.12.2021)
- ²⁸ Vgl. <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/> (15.12.2021).
- ²⁹ <https://kurier.at/politik/inland/terror-durch-querdenker-aktuell-und-mittelfristig-moeglich/401821267> (15.12.2021)
- ³⁰ <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/> (15.12.2021).
- ³¹ https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (15.12.2021).
- ³² <https://datum.at/die-verweigerer/> (15.12.2021).

-
- ³³ <https://www.derstandard.at/story/2000130478849/was-fuer-ein-bloedsinn-ein-staatsverweigerer-und-sein-wien-der/> (15.12.2021).
- ³⁴ Vgl. Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2020. Berlin, Juni 2021, S. 113.
- ³⁵ Vgl. ebd., S. 114.
- ³⁶ Vgl. ebd., S. 115.
- ³⁷ <https://kurier.at/chronik/oesterreich/3000-staatsverweigerer-treiben-noch-immer-ihr-unwesen/400679207> (15.12.2021).
- ³⁸ <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/bundesheer-enttarnt-offizier-als-staatsverweigerer-864139> (15.12.2021).
- ³⁹ <https://www.derstandard.de/story/2000131153658/hochrangige-bundesheer-offiziere-machen-stimmung-gegen-impfungen> (15.12.2021)
- ⁴⁰ <https://www.sn.at/politik/innenpolitik/bundesheer-enttarnt-offizier-als-staatsverweigerer-864139> (15.12.2021).
- ⁴¹ <https://www.krone.at/2499738/> (15.12.2021).
- ⁴² Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2020. Berlin, Juni 2021, S. 48-49.
- ⁴³ Vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-mainz-lewenz-warnt-vor-beteiligung-von-extremisten-an-protesten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201124-99-449269> (15.12.2021).
- ⁴⁴ Vgl. <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/> (15.12.2021).
- ⁴⁵ Vgl. ebd.
- ⁴⁶ Vgl. <https://www.falter.at/mail/20211207/gespraech-mit-dem-terrorforscher?ref=homepage> (15.12.2021).
- ⁴⁷ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-gefahr-einer-terrorzelle-besteht-extremismusforscher-beunruhigt-ueber-wachsende-gewaltbereitschaft-bei-querdenkern/27140028.html> (15.12.2021).
- ⁴⁸ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235365480/Sachsen-Corona-Kritiker-haben-eindeutig-rote-Linien-ueberschritten.html> (15.12.2021).
- ⁴⁹ Vgl. https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/querdenker-radikalisierung-mord-auf-telegram-verherrlicht-17547635.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 (15.12.2021).
- ⁵⁰ Vgl. ebd.
- ⁵¹ Vgl. ebd.
- ⁵² Vgl. ebd.
- ⁵³ Vgl. Deutscher Bundestag 2020, S. 6; Goertz 2021b, S. 678
- ⁵⁴ Vgl. ebd.
- ⁵⁵ Vgl. Hamm/Spaaij 2017, S. 84.
- ⁵⁶ Ibid. S. 84 (übers. durch die Autoren).
- ⁵⁷ Vgl. David S. Cohen (2016) <https://www.rollingstone.com/politics/politics-features/trumps-assassination-dog-whistle-was-even-scarier-than-you-think-112138/> (15.12.2021).
- ⁵⁸ Vgl. Winkler 2016.
- ⁵⁹ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus235289124/Corona-Bedroht-als-Nazi-beschimpft-Wut-auf-Impf-Personal-eskaliert.html> (15.12.2021).
- ⁶⁰ Vgl. ebd.
- ⁶¹ Vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/corona-impfpflicht-querdenken-radikalisierung-100.html> (15.12.2021).
- ⁶² Vgl. ebd.
- ⁶³ Vgl. <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/querdenken-711-wird-beobachtet-1/> (15.12.2021); <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/2021-04-29-querdenker.html> (15.12.2021).
- ⁶⁴ Vgl. ebd.